



Einigung im Prinzip - Dissens im Detail

Parteimitglieder billigen Bündnispapier zwischen Rot und Grün - Streitpunkt bleibt die Verkehrspolitik

Von J. Bielicki und B. Neff SPD, Grüne und Rosa Liste haben sich auf eine Zusammenarbeit für die nächsten sechs Jahre geeinigt. Am heutigen Dienstag werden Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) und die jeweiligen Fraktionschefs das Bündnispapier unterzeichnen. Die Vereinbarung wurde am Montagabend auf den Parteitag von SPD und Grünen diskutiert.

Die SPD billigte die Koalitionsvereinbarung bei ihrem Parteitag im Hofbräukeller einstimmig. Diese sei "ein Vertrag, in der viele Passagen mit roter Farbe geschrieben sind", sagte Ratsfraktionschef Alexander Reissl. Bei der Grünen-Stadtversammlung sagte Bürgermeister Hep Monatzeder hingegen: "Diese Vereinbarung trägt ganz eindeutig die grüne Handschrift." Ähnlich äußerte sich der Fraktionschef der Rathaus-Grünen, Siegfried Benker: "Über diesem Papier weht die grüne Fahne." Die Versammlung stimmte der Vereinbarung schließlich mit großer Mehrheit zu.

Erst gegen Ende klärt das 27-seitige Bündnispapier die - in der Politik immer besonders wichtige - Frage nach dem Personal. Und hier zeigt sich, wie sich die Gewichte innerhalb der Koalition nach den Wahlen im März verschoben haben: Zwar bekommen die Grünen keinen dritten Referentenposten, dafür aber verliert die SPD ihren alleinigen Zugriff auf das Schulreferat. Wer Schulreferentin Elisabeth Weiß-Söllner (SPD), die 2011 die Altersgrenze erreichen wird, nachfolgen soll, wollen beide Partner einvernehmlich regeln. Es deutet alles darauf hin, dass es wieder eine Frau werden könnte: Die Koalition will, so hat sie vereinbart, "einen Anteil von 50 Prozent Frauen in Führungspositionen" erreichen.

Nachdem die Grünen im Stadtrat stärker, die Sozialdemokraten etwas schwächer geworden sind, haben grüne Anliegen auch sonst im Koalitionsvertrag deutlich an Gewicht gewonnen - gerade beim Klimaschutz. München, so lautet nun das Ziel, soll seinen Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid bis 2030 um die Hälfte senken. Um das zu erreichen, will die Stadt etwa ihr Förderprogramm für Energiesparer von bisher vier auf zehn Millionen Euro aufstocken und den Stadtwerken keine Beteiligung an neuen Kohlekraftwerken erlauben.

Vor allem in Fragen des Stadtverkehrs sind sich SPD und Grüne jedoch nicht immer einig geworden. Bei großen Straßenbauprojekten wie der Verlängerung der Stäblistraße, der Südanbindung Neuperlachs, dem Ausbau des Föhringer Rings und vor allem beim geplanten Bau der dritten Startbahn des Flughafens erklärt das Bündnispapier nur: "Es besteht weiter Dissens". Das heißt: Die SPD ist weiter dafür, die Grünen sind weiter dagegen. Auch andere Verkehrsprojekte bleiben offen: SPD und Grüne befürworten zwar "das Vorhaben einer zweiten Stammstrecke", vermeiden aber, sich darauf festzulegen, ob sie damit den zweiten S-Bahn-Tunnel meinen. Und vor einem Bau der U5 nach Pasing oder der Verlängerung der U4 nach Engelschalking will das Bündnis erst die Wirtschaftlichkeit dieser Strecken prüfen - ebenso wie bei einer Verbindung zwischen U2 und U6 im Norden Münchens.

Dafür setzt die Allianz klar auf die Straßenbahn - ehrgeizigster Plan dabei: Schon bis 2014 soll der Bau einer Tramlinie vom Romanplatz entlang der Fürstenrieder Straße zur Aidenbachstraße beginnen. Auch für Radfahrer und Fußgänger will die Koalition kräftig bauen - etwa den

Klenzesteg und einen Fußweg entlang der Braunauer Eisenbahnbrücke über die Isar; geplant sind auch eine Querung der Gleisanlagen zwischen Donnersberger- und Hackerbrücke. Harras, Sendlinger Straße, Tal und andere Straßen und Plätze will das Bündnis fußgängerfreundlich umbauen.

Einig sind sich beide Partner auch in ihrem Ziel, die bisher auf Sozial- und Schulreferat verteilten Kompetenzen für Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten in "einer Organisationseinheit" zusammenzuführen. Ziel: Die Suche nach einem Betreuungsplatz soll künftig weniger Zeit und Nerven kosten. Wie das geschehen soll, soll noch in diesem Jahr entschieden werden. Noch eher vage klingt das Bestreben, eine so genannte Reformschule und eine "für alle zugängliche" internationale Schule einzurichten.

Ansonsten schreiben die Partner ihre Politik der vergangenen Jahre fort. Sie wollen mehr Kindertagesstätten und Ganztageseschulen einrichten, Stadtwerke, Krankenhäuser und andere Betriebe kommunaler Daseinsvorsorge in städtischer Hand behalten, solide wirtschaften und Schulden abbauen sowie "das solidarische und tolerante Klima unserer Stadt" erhalten. Eindeutig bekennt sich die Koalition zur Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele 2018.

Quelle: Süddeutsche Zeitung
Nr.100, Dienstag, den 29. April 2008 , Seite 45

Fenster schließen ☺